

Wahlprüfsteine Geschäftsstelle der Brandenburgischen Landeskongress der Hochschulpräsidentinnen und -präsidenten (BLHP) – Beantwortung durch das Abgeordnetenbüro Deutscher Bundestag der AfD

Frage 1:

Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um eine systematische und themenbezogene Einbindung der Hochschulen in ressortübergreifende Strategien zur Landesentwicklung und die Bereitstellung entsprechender Ressourcen sicherzustellen?

Antwort:

Ebenso wie der Wissenschaftsrat sehen wir viel Potenzial für eine ressortübergreifende Strategie: Wir wollen eine stärkere Vernetzung der Brandenburger Hochschulen mit der Wirtschaft, sowohl mit der heimischen als auch überregional. Das Potenzial der Hochschulen muss genutzt werden, um den Wirtschaftsstandort zu stärken und gutbezahlte Arbeitsplätze zu generieren. Insbesondere bei der Drittmitteleinwerbung aus der freien Wirtschaft gibt es noch deutlich Luft nach oben. Hier müssen, wenn nötig, Regelungen angepasst und Vernetzungen intensiviert werden. Auch die Förderung praxisnaher Studiengänge, insbesondere im MINT Bereich, können attraktiv für Unternehmen sein, sich anzusiedeln. Wir wollen darauf hinwirken, dass sich unsere Hochschulen noch stärker zu Wirtschaftsmotoren entwickeln und sich bei der digitalen Transformation von Wirtschaft und Verwaltung noch aktiver einbringen können.

Frage 2:

Welche Möglichkeiten sehen Sie, die gesetzliche und finanzielle Förderung von Innovationen in Studium und Lehre seitens des Landes zu erzielen? Welche Position vertritt Ihre Partei zum Thema „Gebührenfreies Erststudium“?

Antwort:

Die Freiheit von Forschung und Lehre ist eine unabdingbare Grundvoraussetzung für den wissenschaftlichen Fortschritt. Daher wollen wir den Einfluss der Politik zurückfahren, Investitionen aber nicht! So gefährdet der relative Anstieg von öffentlichen Drittmitteln gegenüber der Grundausrüstung die Hochschulautonomie. Nur durch eine verlässliche Grundausrüstung kann die Freiheit von Forschung und Lehre gewährleistet werden. Wir setzen uns daher für eine solide Grundausrüstung der Hochschulen ein. Die politisch-ideologisch motivierte Vergabe von öffentlichen Drittmitteln ist durch eine deutliche Verbesserung der Grundausrüstung der Hochschulen zu ersetzen.

Wir setzen uns für Rückabwicklung der Fusion BTU Cottbus und eine FH Lausitz ein, um praxisnahe Studiengänge zu fördern.

Das gebührenfreie Erststudium ist ein wichtiger Baustein der Brandenburger Bildungspolitik. Allerdings sehen wir die zunehmende Zahl an Studenten aus Drittstaaten kritisch. Etwa jeder vierte Student ist Ausländer, an der BTU sogar knapp jeder zweite. Die Landesregierung weiß nichts über den Verbleib der kostspielig ausgebildeten Absolventen aus Drittstaaten, so dass hier der Mehrwert für den brandenburgischen Steuerzahler in Frage gestellt werden muss. Weil der Großteil der Absolventen in Brandenburg unser Bundesland nach Abschluss ihres Studiums verlässt, das Hochschulwesen jährlich dem Land eine knappe halbe Milliarde Euro kostet, muss bei dem Thema mit Augenmaß vorgegangen werden: Wir wollen für Studenten aus Nicht-EU- und Nicht-EFTA-Staaten Studiengebühren nach bayrischem Vorbild einführen.

Frage 3:

Zur Förderung der Forschungszusammenarbeit von Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen (AUF) und anderen Stakeholdern zu gesellschaftlich relevanten Schwerpunktfeldern (z.B. Energiewende, Klimawandels, Mobilität, nachhaltige Landnutzung) sowie zur kooperativen Spitzenforschung im Allgemeinen regt der Wissenschaftsrat die Auflage eines Programms zur Forschungsförderung durch das Land an (WR, S. 121). Inwieweit unterstützt Ihre Partei diese Empfehlung und wie sollte Ihrer Meinung ein solches Programm aussehen?

Antwort:

Wir stimmen mit dem Wissenschaftsrat darin überein, dass das Land über die bisherige Forschungsförderung hinaus gezielt Kooperationen von Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen im Bereich der Spitzenforschung fördern sollte. Wir halten es allerdings für problematisch, dass die Politik auf diese Weise noch stärkeren Einfluss auf die Gegenstände und sogar auf die Ziele von Wissenschaft nehmen könnte (wie es sich in den vom WR genannten Stichworten andeutet). Grundlage eines solchen Programms müsste daher aus unserer Sicht eine Regelung sein, die den Hochschulen die Auswahl geeigneter Forschungsgegenstände verbunden mit der Verpflichtung zuweist, diese ausschließlich wissenschaftlich zu begründen. Ideologisch ausgerichtete Forschung ist keine Wissenschaft.

Frage 4:

**Welchen Beitrag leistet die Internationalisierung der Hochschulen nach Einschätzung Ihrer Partei für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des Landes Brandenburg?
Durch welche Maßnahmen plant Ihre Partei, die Internationalisierung der Hochschulen zu unterstützen und die Integration in den Arbeitsmarkt zu verbessern?**

Antwort:

Wir begrüßen es, wenn ausländische Studenten und ausländisches Lehrpersonal an unseren Hochschulen forschen und lehren wollen. Momentan sind die Hochschulen aber zu wenig mit der heimischen Wirtschaft vernetzt, so dass der Effekt der nachhaltigen Stärkung des Wirtschaftsstandortes durch die so genannte Internationalisierung verpufft. Forschung und Lehre dürfen nicht abgeschottet stattfinden, sondern eingebettet in Wirtschaft und Gesellschaft. Gut ausgebildete junge Menschen, eine leistungsfähige Forschung und eine gut ausgebaute Infrastruktur ziehen starke Unternehmen an, die dann wiederum gut bezahlte Arbeitsplätze in der Region schaffen. Daher wollen wir nicht nur auf steuergeldfinanzierte Fördermaßnahmen schauen, sondern das Hochschulwesen in ein Gesamtkonzept einbetten.

Frage 5:

Unterstützt Ihre Partei die Fortführung der „Hochschultreppe“ und wird sie sich für deren Weiterführung einsetzen? Hält Ihre Partei, einen Aufwuchs in Höhe von 5 Mio. € p.a. für ausreichend, um eine stabile, auf Mehrbedarfe reagierende Finanzierung der Hochschulen sicherzustellen?

Antwort:

Die Hochschultreppe hat sich als Instrument bewährt, weswegen wir uns selbstverständlich für deren kontinuierliche Fortführung einsetzen. Auch eine Erhöhung des jährlichen Aufwuchses der Grundfinanzierung von derzeit 5 Mio. EUR sollte ins Auge gefasst und geprüft werden, damit die Unabhängigkeit und Planungssicherheit der Hochschulen auch zukünftig gewährleistet werden kann. Eine solche Anpassung der Finanzierung wäre Bestandteil entsprechender Haushaltsberatungen.

Frage 6:

Die Unterfinanzierung und dysfunktionalen Prozesse im Hochschulbau sowie den immensen Instandsetzungs- und Reinvestitionsbedarf sieht der Wissenschaftsrat als ein wesentliches Entwicklungshemmnis für die brandenburgischen Hochschulen an. Wie plant Ihre Partei mit den drei zentralen Empfehlungen umzugehen:

a) den Hochschulbau deutlicher als bislang als strategische Aufgabe der Wissenschaftspolitik zu verankern und eine auskömmliche Finanzierung sicherzustellen (WR, S. 11)

b) die Funktionsfähigkeit des Hochschulbaus insgesamt zu optimieren und dessen Stellenwert in der Wissenschaftspolitik deutlich zu stärken (WR, S. 85)

sowie

c) ausgewählten Hochschulen die vollständige Bauherreneigenschaft zu übertragen (WR, S. 186).

Antwort:

Wir treten für eine völlige Neukonzeption des Bereichs Hochschulbau ein. Wir schlagen zwei sich ergänzende Modelle vor:

Das erste Modell besteht in der Übertragung der Bauherreneigenschaft auf die größeren Universitäten, wie es jetzt bei der neuen Medizinischen Universität Lausitz geschehen soll.

Das zweite Modell ist wesentlich umfassender: Wir schlagen die Gründung einer Landesgesellschaft für Hochschulbau vor, die – als privatrechtliche Gesellschaft, aber zu 100 Prozent im Eigentum des Landes – für den Bau, die Unterhaltung und die Verwaltung der Hochschulbauten zuständig sein soll. Österreich hat mit einem solchen Modell äußerst positive Erfahrungen gemacht.

Frage 7:

Meinungsvielfalt und Diskurs kennzeichnen die Wissenschaft. Gleichzeitig tragen Hochschulen aber auch eine große gesellschaftliche Verantwortung. Daher positionieren sich die Brandenburgischen Hochschulen deutlich gegen antidemokratische Bewegungen und jede Form von Diskriminierung. Sie verstehen Diversität als Stärke und stehen für Offenheit und ein demokratisches Miteinander.

a) In welcher Rolle sehen Sie die Hochschulen beim Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung?

b) Wie planen Sie, die Hochschulen bei ihrem Eintreten für Vielfalt, demokratische Werte und Schutz vor Diskriminierung – ggf. auch durch entsprechende Ressourcen – zu unterstützen?

Antwort:

Meinungsvielfalt und der auf gegenseitigem Respekt beruhende Meinungsstreit bilden die Grundpfeiler einer jeden Wissenschaft und haben daher gerade für uns als freiheitliche Partei einen unschätzbaren Wert.

Spätestens mit Einsetzen der Coronamaßnahmen ab dem Jahr 2020 ist jedoch eine Entwicklung zu beobachten, durch welche diese Grundpfeiler zunehmend infrage gestellt und aufgeweicht werden. So nehmen Auftrittsverbote und zum Teil aggressive Störungen von universitären Veranstaltungen, und Debattenbeiträgen bundesweit kontinuierlich zu, werden abweichende, teils strittige, aber legitime Meinungsäußerungen als „Hass und Hetze“ gebrandmarkt und Andersdenkende aus dem öffentlichen Diskurs herausgedrängt.

Undemokratische Aktivitäten wie diese werden stets begründet mit der unbewiesenen Behauptung, entsprechend zu „cancelnde“ Meinungen seien per se diskriminierend oder demokratiefeindlich oder könnten es zumindest sein. Bestärkt werden solche Tendenzen durch den wachsenden Einfluss der Agendawissenschaften (Postcolonial Studies, Critical Whiteness Studies, Gender Studies etc.), die einen enormen Konformitätsdruck auch auf andere Wissenschaften ausüben. Zudem ist zu beobachten, dass sich neben Schulen immer häufiger auch Hochschulen mit Verweis auf eine vermeintliche Bedrohung der freiheitlich demokratischen Grundordnung entweder unter direkter Umgehung oder aber durch einseitige Neuinterpretation des Neutralitätsgebots in den parteipolitischen Wett- und Meinungsstreit einschalten und sich dabei offen auf eine Seite des politischen Spektrums schlagen.

All diese Faktoren tragen zu einer voranschreitenden Aushöhlung der Wissenschafts- und Meinungsfreiheit bei. Die Demokratie wird dadurch nachhaltig geschwächt statt gestärkt. Wir appellieren daher auch an die Hochschulen, die schützenswerten Errungenschaften wie Meinungsvielfalt, Meinungsfreiheit und den offenen, gewaltfreien Diskurs nicht nur zu beschwören, sondern tatsächlich zu leben und zu befördern.

Gegen die jüngsten antisemitischen und propalästinensischen Vorfälle an Brandenburger Hochschulen muss konsequent vorgegangen werden. Hochschulen müssen sichere Orte sein, an denen Studenten gleich welcher Herkunft und Religion studieren und sich austauschen können.